

Gemeindetag/EG/Salzburg

Österreichischer Gemeindetag in Salzburg 2 Salzburg/APA

Utl.: Vereinigte Staaten von Europa im kommenden Jahrhundert =

Die "Vereinigten Staaten von Europa" unter Einschluß von Polen, Ungarn, der CSFR, Jugoslawiens, Bulgariens und Rumäniens für das kommende Jahrhundert sei "keine Utopie" mehr, betonte Löschnak. Umso wichtiger sei jetzt eine "konkrete und rasche Nachbarschaftshilfe" für die östlichen Nachbarländer. Ihnen sollten "die österreichischen Erfahrungen mit Demokratie und Föderalismus vermittelt und beim Aufbau ihrer inneren Struktur und der Behörden geholfen werden". Die europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung biete dazu Ansatzpunkte für neue Formen der Gemeinden im Osten, führte Innenminister Franz Löschnak aus. ****

Die "Öffnung im Osten" biete Österreich eine "politische, kulturelle und wirtschaftliche Chance" und lasse, so Löschnak, auch eine "beschleunigte Behandlung des österreichischen Beitrittsantrags an die EG erwarten". Die politischen Umwälzungen in den Nachbarländern hätten aber auch zu einem Flüchtlings- und Einwandererstrom geführt. Es müsse in gemeinsamen Anstrengungen gelingen, diese Menschen in einen geregelten Arbeitsprozeß einzugliedern und ihr Abgleiten in die Kriminalität zu verhindern, forderte der Innenminister. Die Tatsache, daß Österreich vom traditionellen Transitland immer mehr zum Einwandererland geworden sei, erfordere eine grundsätzliche Änderung der österreichischen Flüchtlingspolitik sowie längerfristige Maßnahmen für Wohnungsneubau und -sanierungen zur Sicherung von Flüchtlingswohnungen.

Zwtl.: Bevölkerungsentwicklung bringt zusätzliche Gemeinde-Aufgaben

Die Bevölkerungsprognosen ließen für Österreich einen Rückgang an jungen und einen steigenden Anteil der älteren Menschen erwarten. Dadurch werde die Aufgabe der Schaffung einer zeitgemäßen Infrastruktur verstärkt auf die Gemeinden zukommen. Zum Ausgleich für Belastungen, die vor allem die kleinen Kommunen träfen, würden in Zukunft neue Modelle der Mittelverteilung im Finanzausgleich erarbeitet müssen, kündigte Löschnak an. Der Trend zur Rückführung zu kleineren Gemeinden zwingt ebenfalls "zu Überlegungen", wobei der Minister die Möglichkeiten eines freiwilligen Zusammenschlusses zu Gemeindeverbänden zur Erledigung kommunaler Aufgaben hervorhob.

Zwtl.: Gemeinden verwehren sich gegen TV-Volksanwalt

In seiner Ansprache verwehrte sich Gemeindebund-Präsident Franz Romeder unter dem Applaus der Teilnehmer gegen die "unwürdige Behandlung" von Gemeinde-Problemen durch die TV-Volksanwaltschaft. Trotz Einschränkungen gebe sich der Gemeindebund mit dem Volkszählungsgesetz zufrieden. Bei der Zuzählung von Studenten und Pendlern hätten sich die Vorstellungen der Gemeinden weitgehend durchgesetzt. Dadurch werde es zu einer "gerechteren Volkszählung als 1981 kommen", sagte Romeder.

(Forts.) fsa/je/ul

APA274 1990-05-11/15:19

0047/0353/2830

Gemeindetag/EG/Salzburg

Österreichischer Gemeindetag in Salzburg 3 Salzburg/APA

Utl.: Katschthaler: Rolle der Gemeinden und Länder neu überdenken =

Angesichts der grundlegenden politischen Änderungen in Europa müßte auch die Rolle der Gemeinden und Länder neu bestimmt werden, wenngleich derzeit noch die Frage offen sei, in welcher Form Österreich Teil dieses neuen Integrationsprozesses sein werde. Dies erklärte Landeshauptmann Hans Katschthaler bei der Eröffnung des Gemeindetages. ****

Der Föderalismus werde in erster Linie als Ordnungsmodell zwischen Bund und Ländern verstanden, er werde jedoch in Zukunft auch in besonderer Weise für das Verhältnis der Länder zu ihren Gemeinden in der Verbindung zu übergeordneten europäischen Instanzen von Bedeutung sein, meinte der Salzburger Landeshauptmann. Dazu werde auch eine größtmögliche Steuerverteilungsgerechtigkeit notwendig sein, die vor allem aufgabenbezogen sein müsse. Diese sollte wenn möglich auf politischer und nicht höchstrichterlicher Ebene erreicht werden.

In naher Zukunft werden föderative Kräfte als Gegenpol zu zentralistischen Bestrebungen erforderlich, um die Identität der Menschen, Gemeinden, Regionen und Länder, aber auch der einzelnen Volksgruppen und Minderheiten in Europa zu erhalten. Das künftige Europa dürfe nicht ein Europa der Einheitlichkeit, sondern der Vielfalt werden, betonte Katschthaler. Damit solle nicht einem neuen europäischen Separatismus das Wort geredet werden, denn ein solcher würde in die Enge führen und geistige, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Isolation und politische Vereinsamung schaffen.

(Forts. mögl.) lei/je/ul

APA263 1990-05-11/15:05

0027/0202/1621

APA0176 5 II

Fr, 11.Mai 1990

Gemeindetag/EG/Salzburg

Österreichischer Gemeindetag in Salzburg 1

Utl.: EG-Beitritt und Umwälzungen im Osten als Herausforderung für Gemeinden =

Salzburg (APA) - Der angestrebte Beitritt zur EG stelle für Österreich eine große Herausforderung dar, die sich auch auf "die Rolle der Gemeinde als Keimzelle des Gemeinwesens" auswirken werde. Dies betonte Innenminister Franz Löschnak am Freitag, in seinem Referat vor dem 37. Österreichischen Gemeindetag in Salzburg. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen einer EG-Mitgliedschaft sei auch mit einer wesentlichen Einengung des rechtlichen Handlungsspielraumes von Bund, Ländern und Gemeinden zu rechnen, betonte Löschnak. ****

Die EG werde auf die Besonderheiten des österreichischen Föderalismus keine Rücksicht nehmen können, die Rechtstellung der Gemeinden den zentralistischen Strukturen der anderen Mitgliedsländer anzupassen, meinte der Minister. So unterliege die Vergabe öffentlicher Aufträge nach dem Beitritt Österreichs den Vorschriften des Gemeinschaftsrechtes. Auch die baurechtlichen Kompetenzen und die Befugnisse der Gemeinden zu autonomen Entscheidungen würden "sicher eingeschränkt".

Betroffen seien auch die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, die Konsequenzen für den Ausländergrundverkehr werden nach den Erwartungen des Innenministers in "einer weiteren Überfremdung, Preisanstieg und Grundstücksverknappung" bestehen. Auch der Frage eines Mitwirkungsrechtes von "EG-Ausländern" bei der politischen Mitbestimmung werde sich Österreich nicht entziehen können. Eine Verleihung der Staatsbürgerschaft könne "nicht der Einstieg, sondern erst der Abschluß der Integration sein".

In diesem Zusammenhang forderte Löschnak "Gespräche für eine gemeinsame österreichische Linie". Der Europarat habe den Landeshauptleuten bereits im Jahr 1982 die Empfehlung gegeben, mit

den Einrichtungen von Ausländerbeiräten in den Gemeinden einen "wichtigen Beitrag für die Integration einer begrenzten Zahl von Ausländern" zu leisten. Diese beratenden Gremien stellten bereits in verschiedenen europäischen Ländern ein erfolgreiches Bindeglied zwischen den Gemeinden und den Ausländern dar, sagte Löschnak.
(Forts.) fsa/si/ce

APA176 1990-05-11/13:20

0037/0269/2158

OTS0092 5 II NKP002

Fr, 11.Mai 1990

KPÖ/KOMMUNAL/GEMEINDETAG

Eva Wagner (KPÖ): EG gefährdet Gemeindeautonomie =

"Die EG-Anbieterer Österreichs werfen inzwischen alle Bedenken über Bord. Mit dem Ertrinken werden aber u.a. die rund 2000 öster-reichischen Gemeinden zu kämpfen haben. Ihre Autonomie wird durch einen EG-Beitritt Österreichs entscheidend eingeengt", stellt Eva Wagner, Kommunalsprecherin der KPÖ, anlässlich des Österreichischen Gemeindetages fest.

Über die Stärkung der Regionen wird zwar viel diskutiert. Niemand wisse allerdings, wie sich öderalistische Strukturen in einer zentralisierten und undemokratischen EG auch durchsetzen werden.

"Löschnak erwartet für das föderalistische Österreich große Chancen. Ich sehe nur große Gefahren bei einem EG-Beitritt. Jenen, die auf den EG-Zug aufspringen, ohne zu wissen, wohin er ährt, gebührt bei den kommenden Nationalratswahlen ein entsprechender Denkmittel", schloß Eva Wagner.

(schluss) nnnn

OTS092 1990-05-11/12:17

0017/0115/0924

OTS0024 5 II NSK002

Fr, 11.Mai 1990

Löschnak/Gemeindetag/Ausländer/EG

AUSLÄNDER-WAHLRECHT AUF GEMEINDEEBENE IST BEITRAG ZU INTEGRATION

Löschnak: Vereinigte Staaten von Europa mit Hilfe Österreichs

(SK.) Eine Vielzahl von Maßnahmen, um die mit dem verstärkten Zustrom vom Flüchtlingen und Einwanderern verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen, schlug Innenminister Franz Löschnak Freitag in seinem Referat beim 37. Gemeindetag in Salzburg vor. Die in Österreich befindlichen Flüchtlinge müßten in einen geregelten Arbeitsprozeß eingebunden werden, um ein Abgleiten in die Kriminalität zu verhindern. In engem Zusammenhang mit der Integration von Fremden stehe auch deren Einbindung in die Teilnahme am öffentlichen Leben und die Mitbestimmung bei politischen Entscheidungsprozessen, sagte Löschnak. ****

Durch die Einführung der Visumpflicht konnte der Zustrom auf ein erträgliches Maß eingedämmt werden. Österreich sei auch zu einem Einwanderungsland geworden, was eine grundsätzliche Änderung der österreichischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik nötig gemacht habe. Löschnak erinnerte daran, daß er sich schon seit Wochen um die Verwirklichung eines Gesamtkonzeptes bemühe. Während einzelne Bundesländer und Gemeinden bisher den Großteil der aus der Flüchtlingsbewegung anfallenden Lasten auf sich genommen hätten, hätten sich andere Gebietskörperschaften weitgehend absentiert.

Da Wohnungs- und Arbeitsvermittlung in Städten und Gemeinden auf unterschiedliche Schwierigkeiten stoßen, seien langfristige Maßnahmen für die Sanierung und den Neubau am Wohnungssektor erforderlich. Seitens der Städte und Gemeinden gebe es auch den Wunsch nach Unterstützung für einschlägige Aktionen, nach gemeinsamen Sonderaktionen auf dem Wohnungssektor, nach vermehrten Arbeitsgenehmigungen sowie nach besserer Integration hinsichtlich der Aufteilung von Flüchtlingen und Asylwerbern nach Nationalitäten in den Bundesländern.

Neben der Gewährung des Wahlrechts auf Gemeindeebene, eine bereits vom Europarat vorgeschlagene Maßnahme zur Integration sei auch die Errichtung von Ausländerbeiräten auf Gemeindeebene, eine Idee die ebenfalls vom Europarat stammt, zu überlegen. Eine derartige Einrichtung gebe es bereits in einigen Europäischen Ländern, sie könnte Bindeglied zwischen Ausländern und örtlichen Autoritäten sein. Derartige Maßnahmen, für die einfache landesgesetzliche Regelungen ausreichen, bedürften aber auch des guten Willens und der Bereitschaft der Gemeinden, von sich aus einen Beitrag zur Eingliederung von Nicht-Österreichern in die Gesellschaft zu leisten.

Löschnak zeigte auch aus der europäischen Integration zu erwartende Veränderungen für die Österreichischen Gemeinden auf. Neben den Vorteilen eines EG-Beitrittes Österreich seien auch problematische Entwicklungen zu erwarten: Eine Einengung des rechtlichen Handlungsspielraumes auch für die Gemeinden könnte zu einer Einschränkung bei der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten im Rahmen ihres eigenen Wirkungsbereiches führen. Nach der derzeitigen Praxis der Gerichtshofes der EG werde der Zugang zum öffentlichen Dienst Inländern nur hinsichtlich der Ausübung von Tätigkeiten im Rahmen der klassischen Hoheitsverwaltung vorbehalten bleiben. Die Befugnisse der Gemeinden zu autonomen Entscheidungen würden sicher geschwächt werden, sagte Löschnak. Die europäische Integration zwinge daher zu einer schnellen und umfassenden Lösung anstehender föderalistischer Probleme und zu Überlegungen für neue Strukturen.

Die internationale Entwicklung zeige aber auch einen Trend nach Stärkung der Regionen. Für Österreich als föderalistischen Bundesstaat könne dies eine große Chance bieten. Dies setze aber ein einheitliches Vorgehen aller Gebietskörperschaften bei der Realisierung erforderlicher neuer Strukturen voraus.

Eine der Folgen des EG-Beitrittes Österreichs werde das Problem der rechtlichen Gleichstellung der EG-Ausländer sein. Aus den vier Grundprinzipien des Binnenverkehrs, freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr würden sich eine Reihe indirekter Auswirkungen auf die Gemeinden ergeben. EG-Ausländer werden die Möglichkeit haben, ihren Beruf ohne Formalitäten auszuüben, ungehindert ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen oder eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen. Ungehinderte Zugriffsmöglichkeiten könnten zu einem Preisanstieg und zur Verknappung der Grundstücke führen.

Es gebe auch starke Tendenzen, EG-Angehörigen das Recht auf Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen einzuräumen. Das Europa-Parlament habe schon des öfteren die Einführung des Kommunalwahlrechts für EG-Ausländer gefordert. Um eine Verfassungsänderung hinsichtlich der Regelung, daß die Ausübung des Wahlrechtes im Gemeinderat an den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft binde, sei eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und somit ein breiter politischer Konsens erforderlich, erklärte Löschnak. Eine Fristverkürzung für die Erlangung der Österreichischen Staatsbürgerschaft werde rechtspolitisch als fragwürdig angesehen. Daneben gebe es Argumente aus dem europäischen Bereich: Der bedeutende Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben und zum Wohlstand der örtlichen Gemeinschaft, ihr Anteil am Steueraufkommen sowie die Tatsache, daß die grundsätzlich den gleichen Pflichten und der Gemeinde unterliegen, rechtfertige eine größere Beteiligungsmöglichkeit.

Die Vereinigten Staaten von Europa mit Polen, Ungarn, der CSFR, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien für das kommende Jahrtausend seien keine Utopie mehr, sie verlangen aber schon jetzt konkrete und rasche Nachbarschaftshilfe. Österreich habe die Möglichkeit, seinen Nachbarländern vielfältige und wertvolle Hilfsdienste zu leisten, etwa beim Aufbau der inneren Strukturen, der Behörden oder des Dienstleistungsapparates, schloß Löschnak.

(schluß)
ed
nnnn

 APA0225 5 II

Do, 10.Mai 1990

Gemeindebund/Salzburg

37. Österreichischer Gemeindetag in Salzburg

Utl.: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gemeinden fördern =

Salzburg (APA) - Die von den österreichischen Gemeinden "bereits praktizierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit" müßte jetzt auch vom Staat gefördert werden. Weiters sollten die getroffenen Finanzausgleichsvereinbarungen vom Herbst 1989 sowie die Umwandlung der Getränkesteuer in eine umsatzsteuerähnliche Verkehrssteuer im Sinne des Übereinkommens unverzüglich realisiert werden. Das forderten am Donnerstag die Delegierten des 37. Österreichischen Gemeindetages, der in Salzburg unter dem Motto "die Österreichischen Gemeinden im Europa von morgen" abgehalten wird, in einer Resolution an die Bundesregierung. ****

Die zweite Etappe der Steuerreform im Jahre 1991 dürfe nicht zu Lasten der Gemeinden gehen, meinte der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder, vor Journalisten. Würden die Lohnsummen-, Gewerbe- und Getränkesteuern "ohne Ersatz" abgeschafft werden, "wäre das für die Gemeinden nicht verkraftbar". Der Österreichische Gemeindetag fordere daher eine Neuregelung der Getränkesteuer "noch von diesem Parlament" und werde dazu "alle politischen Mitteln einsetzen", sagte Romeder. Falls nicht bald eine Entscheidung erfolge, müßten die Gemeinden mit einem jährlichen Steuerverlust in Millionenhöhe rechnen.

Auf dem Umweltsektor forderten die Delegierten eine Abänderung des Wasserbautenförderungsgesetzes: Die Richtlinien für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds sollten den tatsächlichen Bedürfnissen der Gemeinden sowie einem zeitgemäßen Umweltschutz angepaßt werden. Um die Zumutbarkeit der Kosten zu gewährleisten, sollten auch "nicht rückzahlbare Beihilfen", vor allem für finanzschwache Gemeinden, gewährt werden, wird in der Resolution verlangt. "Unsere Forderung an Frau Minister Flemming, daß der österreichische Gemeindebund der Kommission des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds beitreten soll - damit nicht Entscheidungen normiert werden, die an unseren Wünschen vorbeigehen - wurde bis heute nicht realisiert", erklärte Romeder.

(Schluß) fsa/lm

APA225 1990-05-10/14:20

0035/0262/2101

 OTS0028 5 II NNV003

Mi, 25.Apr 1990

NÖVP/Gemeindetag

10. und 11. Mai: 37. Österreichischer Gemeindetag stellt Weichen

===== Themen:
 Gemeinden in Europa, Volkszählung, Umweltschutz -----

Niederösterreich, 25.4.1990 (NÖI) Der 37. Österreichische Gemeindetag findet am 10. und 11. Mai 1990 im Großen Festspielhaus in Salzburg statt. Dazu werden fast 2000 Bürgermeister und weitere Kommunalpolitiker aus ganz Österreich sowie aus dem Ausland erwartet. Zentrales Thema "Die Stellung der österreichischen Gemeinden im Europa von Morgen". Dazu werden am Freitag, 11. Mai ab 9.30 Uhr Innenminister Dr. Franz Löschnak sowie der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder sprechen. Weitere wichtige Themen dieses Gemeindetages sind die Volkszählung 1991, die zweite Etappe der Steuerreform sowie der Umweltschutz. ****

Bereits am Donnerstag, 10. Mai um 15 Uhr findet, ebenfalls im Großen Festspielhaus, die Fachtagung dieses Gemeindetages zum Thema "Volkszählung 1991" statt. Dazu werden Univ.Professor Dr.Hans Neuhofer, Direktor des OÖ. Gemeindebundes, Mag. Erich Bader, Präsident des Statistischen Zentralamtes und Dr.Gottfried Feuerstein aus der Sicht des Parlamentariers referieren. Im Hinblick auf die bevorstehende 2. Etappe der Steuerreform, die Volkszählung sowie die immer größer werdenden Umweltschutzprobleme für die Gemeinden kommt diesem 37. Österreichischen Gemeindetag für die gesamte kommunale Weiterentwicklung besondere Bedeutung zu.
(schluss) nnnn

OTS028 1990-04-25/10:07

0026/0207/1660

OTS0070 5 II NNK005

Fr, 06.Apr 1990

noelandesregierung/oesterr.gemeindetag

oesterreichischer gemeindetag mit starker noe-delegation

thema: volkszaehlung 1991 und integriertes europa =

wien - der oesterreichische gemeindetag, der bisher 37., fin-det am 10. und 11. mai in salzburg statt. hauptthemen sind die volks-zaehlung 1991 sowie die gegenwaertige europaeische integration. zur volkszaehlung wird am 10. um 15 uhr im grossen festspielhaus die diesjaehrige fachtagung abgehalten. hauptreferenten am gemeindetag am 11. ab 9.30 uhr, ebenfalls im festspielhaus, sind innenminister dr. franz loeschnak und gemeindebundpraesident franz romeder. nnnn

OTS070 1990-04-06/12:02

0011/0077/0617